

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Die Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige darf nicht eingestellt werden

Nach einer Jahrzehnte andauernden ideologisch bestimmten Drogenpolitik hatte die letzte rot-grüne Bundesregierung unter anderem mit der Einführung eines zunächst befristeten Heroinabgabemodells für schwerstabhängige Heroingebräucher einen wichtigen Wendepunkt zu einer pragmatischen und auf wissenschaftliche Evidenz gestützten Drogenpolitik gesetzt.

Diese bundesweite Studie unter Beteiligung von sieben Großstädten hat zweifelsfrei bewiesen, dass bei schwerstabhängigen Opiatkonsumenten die Verabreichung von Heroin (Diacetylmorphin) gegenüber der Methadon-Substitution hinsichtlich der Verbesserung bzw. Stabilisierung des gesundheitlichen Zustands und der sozialen Situation der Konsumenten deutlich erfolgreicher ist.

Die Erfahrungen der Nachbarstaaten Schweiz und Niederlanden mit schadensmindernden drogenpolitischen Ansätzen, einschließlich der Möglichkeit, Heroin kontrolliert abzugeben, zeigten neben einer deutlichen Verbesserung des Gesundheitszustands und der sozialen Integration der Konsumenten, dass auch die Zahl der Neueinsteiger in den Heroinkonsum deutlich zurück geht.

Schließlich belegen sämtliche Berechnungen, aufgeführt etwa im Deutschen Ärzteblatt vom 17.11.06, dass durch die ärztliche Verordnung von Heroin die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten der Heroinabhängigkeit erheblich gesenkt werden können.

Dies von Seiten einflussreicher Kreise in der CDU/CSU in Abrede stellen zu wollen, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Die schwarz-rote Regierungskoalition stellt sich mit ihrem Vorhaben zur Einstellung einer legalen Heroinabgabemöglichkeit für Schwerstabhängige gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Polizeipräsidenten, gegen die Bundesärztekammer, gegen die Magistrate und Senatsverwaltungen der an der Studie beteiligten Städte und gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Suchtexperten sowie zahlreicher Verbände, wie die Deutsche AIDS Hilfe und die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin.

Die Möglichkeit einer ärztlichen Heroinverschreibung in den Konsumentenländern einhergehend mit einem kontrollierten Mohnanbau und Opiumproduktion in den Produzentenländern, insbesondere in Afghanistan, ist ferner das effektivste Instrument der kriminellen Drogenwirtschaft ihre wirtschaftliche Grundlage zu entziehen. Es ist nämlich die Logik des Schwarzmarkts mit seinen immensen Gewinnen, die einerseits eine politische Destabilisierung in den Produzentenländern bewirkt und andererseits in den Konsumentenländern die Verelendung der Drogenabhängigen zur Folge hat.

Aus allen jenen oben genannten Gründen heraus fordert Bündnis 90/Die Grünen deshalb die ärztliche Heroinabgabe durch eine Änderung im Betäubungsmittelgesetz und eine arzneimittelrechtliche Zulassung zu ermöglichen und diese dann in den Regelleistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen.